



Für ein modernes Bürger:innenrecht

Stand heute haben mehr als 25% der Menschen, die hier leben, keinen Schweizer Pass – darunter viele, die hier geboren sind. Das Schweizer Einbürgerungsrecht ist mit hohen Hürden versehen, willkürlich, diskriminierend und der Demokratie nicht würdig.¹ Die Reform des Bürgerrechtsgesetzes von 2018 hat diese Hürden weiter erhöht. Weniger qualifizierte und schlecht situierte Personen sowie Arbeitnehmer:innen in prekären Jobs haben viel geringere Chancen auf Einbürgerung. Zwar stieg der Anteil ordentlich eingebürgerter Personen mit Hochschulabschluss von 33.5 Prozent auf 57 Prozent an. Jedoch sank der Anteil der Einbürgerungen bei den Personen, die nach der obligatorischen Schule keine weiterführende Ausbildung absolviert haben, von 23,8 Prozent auf 8.5 Prozent. Die Schweiz ist mit über 41 Prozent Menschen mit Migrationsgeschichte – Tendenz steigend – ein Einwanderungsland. Es ist höchste Zeit, dass die SP ihre Anstrengungen für ein faires Bürgerrecht intensiviert.²

Um dieses Engagement parteiintern möglichst breit abzustützen, unterstützt sie eine nationale Veranstaltung für ein modernes Bürger:innenrecht, an den auch Zivilgesellschaft und Wissenschaft eingeladen werden.

Die SP unterstützt die Volksinitiative «Für ein modernes Bürger:innenrecht (Demokratie-Initiative)». Zum ersten Mal seit der vor 50 Jahren lancierten Mitenand-Initiative durch die Mitenand-Bewegung³ fordert eine zivilgesellschaftliche Bewegung mit dem Namen Aktion Vierviertel eine progressive Bürgerrechtspolitik⁴ und reichte am 21. November 2024 die Volksinitiative «Für ein modernes Bürgerrecht (Demokratie-Initiative)» ein. Sie schafft die Verfassungsgrundlage, damit alle Menschen, die hier ihren Lebensmittelpunkt haben, eine faire Chance auf vollwertige gesellschaftliche Anerkennung und Teilhabe erhalten. Nur so wird es uns gelingen, die Demokratie auf gerechte Weise fit für die Zukunft zu machen. Die Demokratie-Initiative ist eine Chance für die Sozialdemokratie, die Bürger:innenrechtspolitik offensiv aufs politische Parkett zu bringen.

¹ Fibbi, Rosita/von Rütte, Barbara/Wanner, Philippe: Ordentlich einbürgern in der Schweiz. Eine Studie im Auftrag der Eidgenössischen Migrationskommission EKM, Bern 2024.

² Institut Neue Schweiz INES: Argumentarium für ein Neues Bürgerrecht, Bern 2024.

³ Espahangizi, Kijan: Ein Civil Rights Movement in der Schweiz? Das vergessene Erbe der Mitenand-Bewegung (1974-1990), in: Blog Institut Neue Schweiz INES, Bern 2018, abrufbar unter: https://institutneue-schweiz.ch/De/Blog/178/Espahangizi_Mitenand (Zugriff: Oktober 2024).

⁴ Siehe das Manifest der Aktion Vierviertel unter: <https://www.aktionvierviertel.ch/> (Zugriff: Oktober 2024).

Die SP entwickelt ein Positionspapier «Für ein modernes Bürger:innenrecht». Darin setzt sie sich kritisch mit der Bürger:innenrechtspolitik auseinander und zeigt auf, wie sie als Partei verstärkt dazu beiträgt, gesamtgesellschaftliche und institutionelle Voraussetzungen für eine progressive Bürgerrechtspolitik zu schaffen. Gestützt auf aktuelle wissenschaftliche Erkenntnisse und den Grundsätzen der Sozialdemokratie werden Forderungen für eine faire und zukunftsfähige Bürgerrechtsreform formuliert, die die gesamtgesellschaftliche Inklusion frei von Diskriminierungen fördern. Der Kampf für gleiche Bürger:innenrechte und Teilhabe für alle werden zu einem politischen Schwerpunkt der SP mit konkreten Zielen und Massnahmen erklärt.

Die Parteileitung unterstützt die Anliegen der Demokratie-Initiative offensiv. Der Einsatz für ein modernes Bürger:innenrecht ist eine langfristige Aufgabe. Die Aussicht auf Erfolg hängt entscheidend davon ab, ob die Gremien und Entscheidungsträger:innen der Partei es sich zur Aufgabe machen, dafür bei allen sich bietenden Gelegenheiten zu werben und zu kämpfen. Der Einsatz für eine moderne Bürger:innenrechtsrevision braucht einen langen Atem und die politischen, finanziellen und personellen Mittel. Die Parteileitung, setzt sich gemeinsamen mit den Sektionen die Aufgabe, sich die kommenden Jahre für die Demokratie-Initiative und ihre Ziele sowie auch auf kantonaler und kommunaler Ebene für rechtliche und administrative Verbesserungen beim Zugang zum Bürgerrecht einzusetzen.

Sofern Bundesrat und Parlament die Demokratie-Initiative nicht unterstützen sollten, setzt sich die SP-Bundesfraktion für einen direkten oder indirekten Gegenvorschlag ein. Es gibt zahlreiche Möglichkeiten, wie der Zugang zum aktuellen Bürger:innenrecht verbessert werden kann. Auf eidgenössischer Ebene sind dies gestützt auf eine Änderung der verfassungsrechtlichen Grundlagen etwa: der automatische Erwerb des Bürger:innenrechts bei Geburt oder Adoption in der Schweiz; ein Anspruch auf Erteilung des Bürger:innenrechts nach weniger als 10 Jahren; die erleichterte Einbürgerung für die 2. Generation; die erleichterte Einbürgerung nach einer langen Aufenthaltsdauer sowie für Personen ohne Rückkehrperspektive oder für Staatenlose. Zudem können kantonale oder kommunale Aufenthaltsfristen verboten und durch solche auf Bundesebene ersetzt werden. Ohne Verfassungsänderungen und über eine Gesetzesrevision sind folgende Änderungen möglich: Verzicht auf jegliche Verknüpfung des Aufenthalts- und Bürger:innenrechts mit sozialen Rechten und namentlich dem Bezug von Sozialhilfe; Streichung der Niederlassungsbewilligung als formelle Einbürgerungsvoraussetzung; Herabsetzung der Aufenthaltsdauer nach Bundesrecht und Abschaffung zusätzlicher Aufenthaltsfristen auf kantonaler oder kommunaler Ebene; Erleichterung einzelner Integrationskriterien; Anpassen der Kriterien für die dritte Generation; Verankerung von tieferen Voraussetzungen für Staatenlose und Geflüchtete sowie Kindern; Verbot von Einbürgerungen durch die Gemeindeversammlung; Pflicht des Staatssekretariats für Migration, alle aktiv zu informieren, die die formalen Voraussetzungen für eine Einbürgerung erfüllen.

Kantonale und kommunale Sektionen: jetzt für Verbesserungen im kantonalen und kommunalen Bürger:innenrecht kämpfen. Das Ziel ist es, dass das Bürger:innenrecht als Recht in der Bundesverfassung verankert wird, auf objektiven und fairen Kriterien beruht und in ausschliesslicher Bundeskompetenz liegt. Solange dies nicht der Fall ist, werden die Sektionen ermuntert sich für Lockerungen auf kantonaler und kommunaler Ebene einzusetzen wie die gebührenfreie Einbürgerung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen und eine deutliche Senkung der Gebühren für alle; die Senkung von kantonalen und kommunalen Aufenthaltsfristen auf das bundesrechtliche Minimum; die Anrechenbarkeit des Aufenthalts am alten Wohnort beim Umzug in eine neue Gemeinde oder neuen Kanton; Protokollierungspflicht von Einbürgerungen; Einbürgerungsberatung zu einem Pflichtteil der Kantonalen Integrationsprogramme (KIP) machen; die Erleichterung von Integrationskriterien wie die Abschaffung des Kriteriums der Unabhängigkeit von sozialstaatlichen Leistungen und die Herabsetzung zu hoher Anforderungen an Sprachkenntnisse; die Einführung von Regeln einer einladenden Informationspolitik durch die Behörden an die Bevölkerung ohne Schweizer Pass; die Abschaffung der Zuständigkeit der Einbürgerung durch die Gemeindeversammlung; sowie die Einführung des Einwohner:innen-Stimmrechts.